

Gleichheit unter der Scharia?

In der islamischen Welt wird Kritik an der Stellung der Frauen laut

von Jochen Müller



Dr. JOCHEN MÜLLER, geb. 1963, ist Islamwissenschaftler und Leiter des Berliner Büros des Middle East Media Research Institute (MEMRI).

Häufig geht in den Medienberichten über den Nahen Osten unter, dass es zwischen Kairo und Teheran neben Despoten, Repression und radikalen Ideologien auch eine Vielzahl liberaler, kritischer und selbstkritischer Stimmen gibt, die gar nicht so selten auch ihren Weg in die Öffentlichkeit der Region finden. Das gilt sogar für den Streit um das iranische Atomprogramm. Anders als es Achmadinedschad die Welt glauben machen will, gibt es im Iran Stimmen gegen seinen Kurs. So sprach sich etwa die größte Studentenorganisation *Daftare Tahkime Wahdat* in Flugblättern gegen die Politik der Regierung aus, die das Land immer mehr in die Isolation treibe: „Kriegstreiber im Land sorgen zusammen mit den Kriegstreibern im Ausland für ein Klima, das die gesamte Region gefährdet“, erklärte Amir Paksad, ein Sprecher des Verbands. Nach einer von der Internetzeitung *Roozonline* veröffentlichten Umfrage im Iran (die laut *Roozonline* im Auftrag des Staates durchgeführt worden sei, aber unter Verschluss gehalten werde) meinen sogar 69 Prozent der Befragten, dass das iranische Atomprogramm nicht dem nationalen Interesse des Landes diene. 86 Prozent der Befragten sollen erklärt haben, dass sich das Atomprogramm nicht lohne, wenn es zu einem Krieg führen könnte. Und den halten 98 Prozent für möglich.

Indirekt übte in der Tageszeitung *Sharq* auch die Anwältin und Frauenrechtlerin Shadi Sadr Kritik an Regierung und Staat im Iran. Sie fürchtet das Auseinanderbrechen der iranischen Frauenbewegung. So seien sich zwar „alle Aktivisten der Frauenbewegung darüber einig, dass die staatlichen, die Frauen betreffenden Gesetze reformiert

werden müssen“. Unterschiedlich seien die Auffassungen jedoch über das Wie. Lange hätten die meisten Frauengruppen geglaubt, dass „die Gesetze auf Grundlage von neuen Auslegungen der Scharia verändert werden können“. Sie gingen davon aus, dass die in der Scharia verankerten religiösen Vorgaben in Folge „kulturell bedingter Normen des Patriarchats“ verfälscht worden seien. Sadr bezeichnet diese Frauen als „religiöse Strömung“ innerhalb der Frauenbewegung, weil sie sich gegen Reformen aussprächen, die „den Prinzipien der Scharia widersprechen“. Zwar beteiligten sich diese Frauen am Kampf gegen häusliche Gewalt gegen Frauen, sprächen sich gleichzeitig aber gegen ein Scheidungsrecht für Frauen aus, weil dieses das Prinzip der Vormundschaft des Mannes in Frage stelle.

Eine andere Strömung innerhalb der iranischen Frauenbewegung kümmere sich dagegen laut Sadr gar nicht um die Scharia. Reformen müssten vielmehr auf der Grundlage „demokratischer Prozesse und der Erfahrung der Frauen als Opfer der bestehenden diskriminierenden Gesetze“ erfolgen. Schließlich seien viele Probleme wie Prostitution, Obdachlosigkeit von Mädchen, Zwangsverheiratung oder Selbstverbrennung auf benachteiligende Gesetze zurückzuführen. Um sie abschaffen zu können, seien im Iran, so referiert Sadr die Haltung dieser Gruppe, „umfassende strukturelle Reformen“ erforderlich. Als „radikalsten Zweig“ macht sie dabei Gruppierungen aus, die es für unmöglich hielten, diese Gesetze im Rahmen der Scharia und unter den bestehenden Herrschaftsstrukturen überhaupt zu reformieren. Mit einer derart staatskritischen Position will die Autorin selbst aber nicht identifiziert

werden und fügt deshalb an, dass die Regierung in der Frage der Steinigung von Frauen und beim Heraufsetzen des Mindestheiratsalters von Mädchen doch bereits demonstriert habe, dass Scharia und Gesetzesreformen durchaus miteinander vereinbar seien.

Die Anwältin warnt vor einer Spaltung der Bewegung, wenn deren Forderungen weiterhin ohne Antwort von Regierung und Staat bleiben: „Gruppen, die an Reformen innerhalb der Scharia glauben, könnten dann immer reaktionärer werden und am Ende sogar ihre Minimalforderungen aufgeben. Auf der anderen Seite könnten Frauen, die auf Gesetzesänderungen außerhalb der Scharia setzen, immer hoffnungsloser werden und die Erfüllung ihrer Forderungen nur noch von Veränderungen der Struktur des Staates selbst erwarten.“ Damit wählt Sadr eine im Iran derzeit häufige Form der Kritik am islamistischen Staat: Wenn dieser seine Legitimität nicht verlieren wolle, so der Appell, dann müsse die Regierung zumindest partiell Zugeständnisse machen.

Dass es im Moment im Iran allerdings nicht nach Lockerungen aussieht, dokumentiert ebenfalls die *Sharq*. Die Zeitung berichtet, dass die Polizei in verschiedenen iranischen Städten derzeit verstärkt Kleiderkontrollen durchführt. Insbesondere hätten die Kontrolleure Frauen am Steuer und als Beifahrerinnen im Visier. „Wir werden scharf gegen Frauen vorgehen, die Dreiviertelhosen tragen und mit nackten Beinen und ohne Kopfbedeckung herumlaufen“, zitiert *Sharq* den Oberbefehlshaber der Ordnungspolizei und schreibt: „Nach Paragraph 638 der Strafgesetzgebung werden Frauen, die sich in der Öffentlichkeit nicht entsprechend der Scharia kleiden, zu zehn Tagen bis zwei Monaten Haft oder zu 50 bis 500 000 Rial Geldstrafe verurteilt.“

Auch in den Reformdebatten, die gegenwärtig in arabischen Medien geführt werden, geht es immer wieder um die Rolle der Frau. Oft stehen sich religiös-konservative und an westlichen Idealen orientierte Positionen gegenüber. Dass dabei auch religiöse Bewegungen wie die radikal-islamistische Hamas nicht darum herumkommen, „sich mit Frauen zu dekorieren“, sieht Layla Al-Atrach in der jordanischen Tageszeitung *Al-Dustour* allerdings nicht unbedingt als Fortschritt. Diese Bewegungen würden sich lediglich dem „weltweiten Trend in punkto Frauenrechten“ anpassen, um den Ansprüchen einer ihnen von außen „auferlegten Demokratie“ gerecht zu werden. Tatsächlich wendeten sich aber in Jordanien gerade islamistische Parlamentarierinnen immer wieder gegen Gesetzesinitiativen liberaler Frauen und Parteien – wenn es etwa um Ehrverbrechen, sexuelle Gewalt oder das Scheidungsrecht geht. „Bedauerlich“ findet es die Autorin, dass „unter ihnen auch Ärztinnen, Ingenieurinnen und Wissenschaftlerinnen sind, die sich als den Männern untergeordnet betrachten“. Auch dass es zunehmend gut aus-

Die iranische Frauenbewegung ist gespalten in einen konservativen Teil, der die Scharia beibehalten möchte, und einen säkularen, demokratischen – um nur zwei Strömungen zu nennen.



Foto: A. Wolff / IP

Auch Autoren, die die Benachteiligung von Frauen kritisieren, werden nicht müde zu betonen, dass diese aber auch gar nichts mit dem Islam zu tun habe.

gebildete und berufstätige Frauen gebe, könne nicht als wirklicher Wandel, sondern eher als Folge ökonomischer Zwänge beschrieben werden. Und obwohl es mittlerweile etwa 225 000 Frauenvereine im arabischen Raum gebe, würden die meisten Frauen in der Region ihre Rechte nicht kennen. Vor diesem Hintergrund fordert Al-At-rasch, dass „Frauen in religiösen, aber auch in liberalen Parteien und den Regierungen noch viel mehr unterstützt und gefördert werden müssen“, seien sie doch noch weit davon entfernt, in Positionen mit Entscheidungsbefugnissen zu gelangen. Etwas überraschend ist dann allerdings ihre Einschätzung der Hamas nach deren Wahlsieg in Palästina: In der Hamas gebe es nämlich „ein paar aufgeklärte Köpfe“, die wüssten, „dass es notwendig ist, Frauen an der Macht zu beteiligen“.

Ähnlich ambivalent formuliert Ali Ayad seine Position in einem Kommentar für die staatliche ägyptische Tageszeitung *Al-Ahram*. Unter dem Titel „Wenn die Frauen ihrer Rechte beraubt werden, widerspricht das dem Islam“ ist er zwar überzeugt, dass „die Betonung von Frauenrechten nach dem 11.9.2001“ richtig sei. Jedoch würde dabei immer wieder unterschlagen, dass es in der Region ja erst der Islam gewesen sei, der „den Frauen die Tür zu allen Bereichen von Gesellschaft, Politik und Bildung geöffnet und ihnen all jene Rechte gegeben hat, die bis heute sogar noch in den fortschrittlichsten modernen Nationen umkämpft sind“. Man müsse nur den Koran studieren, „um jeden Schatten eines Zweifels über das Frauenbild des Islams auszuräumen“. Das rückständige Frauenbild in einigen Gesellschaften, in denen ihnen sämtliche oder einzelne Rechte vorenthalten würden, widerspreche dem Denken des Islams. Im Islam, so vertritt Ali Ayad eine verbreitete Position, gebe es keinen gesellschaftlichen Un-

terschied zwischen Mann und Frau: „Der Koran gibt ihr Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit.“

Aus ganz anderer Perspektive hält auch der marokkanische Sozialwissenschaftler Reda Benkirane wenig von der These, dass es der kulturelle Traditionalismus selbst sei, der hinter der Diskriminierung der Frau stünde, sondern vielmehr die patriarchalen Familienstrukturen. In ihnen gelten Frauen als „minderwertig und sind zeitlebens von ihrem Vater, Bruder oder Onkel zu beschützen“, schreibt Benkirane in der ägyptischen Wochenzeitung *Al-Ahram Weekly*. „Erst wenn solche Familienstrukturen zerbrechen und massiven Veränderungen unterworfen sind, werden wahrscheinlich einschneidende Veränderungen auch auf der Ebene der Mentalitäten stattfinden – insbesondere gilt das für den Status der Frau“, meint Benkirane und verweist auf Massenurbanisierung, Industrialisierung, Alphabetisierung und Migration. Anzeichen für eine „echte soziale Modernisierung“ sieht er im Fall der Geburten- und der Steigerung der Alphabetisierungsraten wie in der Türkei oder Malaysia. „Auf lange Sicht“, folgert Benkirane, „könnte sich herausstellen, dass die gegenwärtige Spannung zwischen Geschlechterfrage und der Betonung kultureller Rechte nur Ausdruck einer Übergangsphase ist und die demographische Modernisierung zu einem sozioökonomisch ausgewogeneren Verhältnis zwischen Mann und Frau führt.“

Stärker an der gegenwärtigen politischen Situation vieler Staaten der Region orientiert sich die ägyptische Fernsehmoderatorin Gamila Ismail und kritisiert die Unterdrückung von Frauen als Instrument der Machterhaltung arabischer Regime. „Ich glaube ganz fest daran“, schreibt sie auf der Internetseite der Al-Ghad-Partei, „dass die Probleme der ägyptischen Frau mit

den Problemen der gesamten Nation zusammenhängen. Das gilt insbesondere für das Bedürfnis nach wirklicher Freiheit und einer neuen, modernen und demokratischen Staatsverfassung, welche die Möglichkeit des Regierungswechsels beinhaltet.“ Dieser Mangel an Freiheit, unter denen nicht zuletzt die Frauen litten, führe letztlich auch zu Extremismus und Terrorismus „als Ausdruck der Verzweiflung hilfloser Menschen“. „Ein tyrannisches Regime“, so Isma'il weiter, „fördert jede Form von Tyrannei in der Gesellschaft – auch die Gewalttätigkeit gegen Frauen und ihre Diskriminierung. Ein tyrannisches Regime zerstört die Würde von Männern wie von Frauen, weil es nichts anderes als das Prinzip der Macht kennt. Und wenn Macht zu einem gesellschaftlich anerkannten Wert wird, dann huldigt man in dieser Gesellschaft jeglicher Form von Macht – und genau das ist es, was es Männern ermöglicht, sich tyrannisch gegenüber Frauen zu verhalten.“

Wie schlecht es aber selbst um grundlegendste Frauenrechte vor allem in den afrikanischen Staaten der Region noch immer bestellt ist, zeigt sich nicht zuletzt an der Beschneidung von Mädchen. Allen Initiativen von nationalen und internationalen NGOs sowie staatlicher und auch islamischer Institutionen zum Trotz, wird diese traditionelle Praxis weiterhin auch von religiösen Gelehrten legitimiert. In einem erhitzt geführten Streitgespräch mit einer ägyptischen Universitätsdozentin und der Moderatorin erklärte Muhammad Wahdan, ein junger Dozent an der Al-Azhar-Universität Kairo, im kuwaitischen Fernsehen (*Al-Rai TV*): „Wir müssen alle Mädchen zu einem muslimischen Arzt bringen. Wenn dieser entscheidet, dass sie eine Beschneidung braucht, sollten wir sie durchführen. Soll ich etwa einen islamischen Brauch und ein Gesetz Gottes

leugnen? Auch das islamische Forschungszentrum der Al-Azhar, also die höchste religiöse Autorität der islamischen Welt, kam zu dem Schluss, dass die Beschneidung im Islam legal ist und nicht verboten werden darf.“

Solche Formen traditionellen Denkens sind in der arabischen Welt weit verbreitet. Vor diesem Hintergrund haben es kritische Stimmen besonders schwer. Sie werden häufig nicht nur von Regimen unterdrückt, sondern laufen zudem Gefahr, auch von weiten Teilen der Bevölkerung als Nestbeschmutzer diskreditiert zu werden. Ein Beispiel stellt die Debatte um die syrisch-amerikanische Psychologin Wafa Sultan dar. Diese hatte in einer Diskussionssendung auf *Al-Dschasira* die US-Politik in der Region verteidigt sowie die gegenwärtige arabisch-islamische Kultur als rückständig und aggressiv charakterisiert. Anteil daran hätten auch die Frauen, meint Sultan. So seien ausgerechnet Frauen die ersten gewesen, die sie als Frauenrechtlerin attackiert hätten, ihr vorwarfen, vom Glauben abgefallen zu sein und dazu aufriefen, sie zu töten. Während westliche Medien und einige arabische Intellektuelle Wafa Sultans Mut lobten, wurde sie in der arabischen Öffentlichkeit angegriffen. Als kleine Frau, die mit ihren Provokationen lediglich berühmt werden wolle, charakterisierte sie etwa Dalia Halal in der ägyptischen Wochenzeitung *Ruz Al-Yussuf*, einem Magazin, das eigentlich selbst für seine kritische Haltung gegenüber Regierungen, Islamismus und religiösem Establishment bekannt ist. „Wafa Sultan“, so grenzt Dalia Halal die unbequeme Kritikerin aus, „geht beinahe so weit, ihre arabische Identität gänzlich zu leugnen. Sie ist stolz darauf, Amerikanerin zu sein und hasst es, wenn ihre arabische oder syrische Herkunft erwähnt wird. Lieber lässt sie sich als Säkularistin bezeichnen.“

Wer mit seiner Kritik angeblich zu weit geht, wie die syrisch-amerikanische Psychologin Wafa Sultan, wird in der arabischen Öffentlichkeit als Nestbeschmutzer diffamiert, bis hin zu Morddrohungen.